

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/186

Bonn, den 12. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Vor der Schallmauer</u> Fragen über Fragen Von Heinrich Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages	47
2	<u>Kuba und Berlin</u> Kein Tauschobjekt	35
3 - 4	<u>In Neuland vorgestossen</u> Bauindustrie als Schrittmacher	68
5 - 6	<u>Bis in die Gemeindestuben hinein</u> Der Weg nach Brüssel - Wahlkampfthema in Schweden Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raston	66
7	<u>Von der Statistik widerlegt</u> Kai-Uwe von Hassels Wahlpropaganda und die Wirklichkeit	47

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Vor der Schallmauer

Von Heinrich Ritzel, MdB

Man bezeichnet eine Etatendsumme von 60 Milliarden DM als Schallmauer. Bundesfinanzminister Dr. Starke hat alles darangesetzt, vor der Schallmauer halt zu machen. In zehnstündiger Sitzung hat das Bundeskabinett den Rahmen-Entwurf des Haushaltsplanes für 1963 verabschiedet. Er bleibt mit einer angeblichen Endsumme von 56,8 Milliarden DM um rund 3,4 Milliarden DM unter dem im Haushaltsgesetz festgelegten Endbetrag des Etats von 1962. Man könnte sagen, so weit, so gut, doch das Bemühen des Bundesfinanzministers auf mögliche Niedrighaltung der Endsumme, was vom Parlament entschieden unterstützt werden muß, ist selbstverständlich. Zunächst aber ist es mit der Fixierung auf 56,8 Milliarden DM wie mit einer ersten Seite einer Versicherungspolice: Auf das Kleingedruckte der nächsten Seite kommt es an.

Hat die Bundesregierung nur neue Ausgabewünsche gedrosselt oder hat sie erste Versuche zu Einsparungen gemacht? Hat sie eine kräftige Kürzung der Subventionen vorgeschrieben und der Inflation der Anforderungen unserer Beamtenstellen einen Riegel vorgeschoben? Hat sie die Kürzung einzelner Haushalte sinnvoll gestaltet oder ist sie mehr schematisch verfahren?

Hat sie die Rangordnung der Ausgaben ihrer moralischen und sachlicher Bedeutung nach gewürdigt oder ist sie über derartige Gesichtspunkte erneut hinweggegangen?

War die Erhöhung der Etatendsumme um 3,4 Milliarden DM nicht zu vermeiden und warum hat sich die Bundesregierung so spät unter Verletzung der Rechte der Volksvertretung zu grundlegender Beschlussfassung über den Haushalt 1963 verstanden? Wann soll der Haushalt durch Kabinettsbeschluss endgültig festgelegt und an Bundestag und Bundesrat weitergeleitet werden? Hat sich das Kabinett über die Erfüllung der Fürsorgepflicht des Bundes gegenüber den Bundesbeamten hoch für den Rest des Jahres 1962 endlich verständigt? Will es endlich den Weg für eine Ausgleichszahlung frei machen oder weiter versperren?

Ist die Ankündigung aus dem Lager der CDU-Fraktion über eine volle Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Kriegsveteranen Wahrheit oder Dichtung? Wird den Kriegsveteranen noch für 1962 die durchaus realisierbare Überbrückungshilfe gewährt?

Wenn dem Strassenbau erhebliche Mittel entzogen und der Vollzug des ersten Vierjahresplanes gefordert und wenn die Durchführung des zweiten Vierjahresplanes infrage gestellt wird, werden schwerere Verluste als durch eine Kürzung der Ausgabendecke für den Strassenbau eintreten, als finanzpolitisch gutgemacht werden kann.

31 Einzelpläne des Bundeshaushalts warten auf Erfüllung. Bundestag und Bundesrat müssen endlich wissen, was nach Meinung der Regierung gespielt werden soll. Die Einzelheiten des Etatentwurfs dürfen den gesetzgebenden Körperschaften nicht länger vorenthalten werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung mit ihrem Entwurf weder dem Parlament den schwarzen Peter zuspielen will, indem sie es dem Bundestag überläßt, notwendige, aber von der Regierung nicht berücksichtigte Ausgaben nachträglich einzusetzen, noch daß sie dem Bundestag zumutet, in unverantwortlicher Hetze den Etat durchzupeitschen, anstatt ihn verantwortungsbewußt zu beraten.

Kuba und Berlin

sp - Kleine Atempause für Berlin, Erhitzung der Spannungslage um Kuba, wilde Drohungen mit Raketen und Wasserstoffbomben gegen die Vereinigten Staaten "wenn es Kuba angreifen sollte", das sind die neuesten Überraschungen, die die Sowjetunion der Welt in den letzten Tagen bot. Zum ersten Male hat die Sowjetunion Berlin und Kuba in einem Zusammenhang genannt. Der Kern des Gedankenganges der letzten Sowjetnote, wenn auch mit vielen Worten verkläusuliert, ist in der versteckten Aufforderung an die USA zu suchen, nachgiebig in Berlin zu sein, um dafür Ruhe vor der eigenen Küste einzutauschen. Um dieser Spekulation Nachdruck zu geben, setzt Moskau seine Waffenlieferungen für das Castro-Regime fort, sendet "Fachberater" und Militärspezialisten, ermuntert den kubanischen Diktator zu hemmungslosen Massenausbrüchen, alles in der Hoffnung, die Aufmerksamkeit der USA von Berlin weg und auf Kuba zu lenken.

Der "Castroismus" ist für die Vereinigten Staaten gewiss ein gefährlicher Gegner. Seine Auswirkungen in den lateinamerikanischen Staaten bereiten dem Capitol und dem Pentagon Kopfschmerzen, stellen die gemeinsame Außenpolitik beider großen Parteien, der Republikaner und der Demokraten, vor eine Zerreißprobe, aber militärisch kann Kuba für die USA kein Faktor von Bedeutung sein. Es wäre im Ernstfalle mit einem Schlage auszuschalten. So hat sich denn auch bisher Präsident Kennedy geweigert, gegen Kuba militärische Maßnahmen zu ergreifen, obwohl seine republikanischen Rivalen dazu drängten. Die sowjetischen Waffenlieferungen, nun offen zugestanden, und die neuen Provokationen Castros bilden ein Glied in der Kette der Versuche, der Kennedy-Regierung noch mehr innenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten und eine Atmosphäre zu schaffen, in der der Gedanke eines Tauschhandels konkretere Gestalt annehmen könnte. Er würde darin bestehen, sowjetisches Wohlverhalten in Kuba durch amerikanisches Wohlverhalten in der Berlinfrage zu belohnen. Dieser Gedanke ist absurd und eine durch nichts gerechtfertigte Spekulation. Die Freiheit Westberlins ist kein Tauschobjekt. Kein verantwortlicher Politiker, und schon gar nicht Kennedy, denkt an ein solches "Geschäft". Das verbietet schon die Interessenlage der Weltmacht USA. So lästig und unerfreulich auch das Kuba-Castro für die USA sein mag, der Schwerpunkt des Ringens beider Weltmächte liegt nicht auf dieser caribischen Insel, er liegt in Berlin. Moskaus Ablenkungsmanöver kann darüber nicht hinwegtäuschen. Es wird Episode bleiben.

### In Neuland vorgestossen

BN - Seit einigen Wochen ist der Arbeitsfriede in der Bauindustrie durch einen neuen Tarifvertrag wieder hergestellt. In den unterschiedlichen Kommentaren der Öffentlichkeit zu diesem Kompromiß hat man jedoch vielfach übersehen, daß in einer wichtigen Hinsicht die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden mit dieser Vereinbarung auf Neuland vorgestoßen ist: Aus Mitteln der Zusatzversorgungskasse, die aus Abgaben der Arbeitgeber entsprechend der Höhe der Bruttolohnsumme gespeist wird, soll mit 15 Millionen DM eine Stiftung errichtet werden, um künftig die Kinder von tödlich verunglückten oder arbeitsunfähig gewordenen Bauarbeitern in ihrer Berufsausbildung zu fördern. Vorstand und Kuratorium der Stiftung, aus Vertretern der Gewerkschaft und des öffentlichen Lebens zusammengesetzt, werden über die Verwendung dieser Mittel wachen und in Kürze Richtlinien über den Kreis der Berechtigten und die Art der Förderung erlassen. Voraussichtlich wird jede Art der Bildung und Ausbildung in anerkannten Lehrstätten durch Vollstipendien und Beihilfen diesen Kindern ermöglicht werden, deren Väter ein Opfer ihres Berufs wurden. Wer die Gefahren der harten Arbeit auf dem Bau kennt, weiß, daß die Zahl der Betroffenen nicht klein ist.

Es hieße die Bedeutung dieser Initiative verkennen, wenn man sie abschätzig als "sozialen Bonbon" bezeichnet. In den monatelangen Auseinandersetzungen ging es der Gewerkschaft auch darum, als Ordnungsfaktor nicht nur durch Lippenbekenntnisse der Arbeitgebersseite, sondern durch greifbare Vereinbarungen anerkannt zu werden. Nichts anderes war gemeint, wenn Georg Leber, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft, wiederholt betonte: "Wir lassen uns nicht in einen Widerspruch zu diesem Staat manövrieren, auch dann nicht, wenn wir davon überzeugt sind, daß er noch nicht vollkommen ist."

Die Errichtung der Stiftung zeigt jetzt, daß mit diesem Begriff des Ordnungsfaktors eine die Gesellschaft gestaltende Kraft gemeint ist. Es geht ja dabei nicht nur um eine sozialpolitische Maßnahme. Sicherlich wird mit der Ausbildungsförderung der Waisen und der Kinder arbeitsunfähig gewordener Bauarbeiter auch manche soziale Not ge-

lindert werden und ihre berufliche Aufstiegsmöglichkeit gesichert. Mehr noch wird aber damit deutlich, daß sich die Gewerkschaft nicht nur als Tarif- und Sozialanwalt versteht. Sie stellt zugleich der umfassenden Aufgabe, dem Einzelnen wie der Gesellschaft in jedem Lebensbereich, der einer öffentlichen Gestaltung bedarf, verantwortlich zu dienen. Das Bildungswesen und seine finanziellen Bedingungen für den bildungswilligen jungen Menschen können dabei nicht außer Betracht bleiben. Georg Leber wies vor einem Jahr während einer Jugend-Tagung der Industriegewerkschaft in Köln auf die Aufgabe hin, "daß wir uns das notwendige Wissen aneignen und die Sachkenntnis erobern, ohne die wir in unserer heutigen, differenzierten und immer problematischer werdenden Welt nicht mehr auskommen können."

Damit wird eine Tradition der Gewerkschaftsbewegung fortgesetzt, die wir heute zu leicht übersehen. Bemühungen um die Bildung und Ausbildung ihrer Mitglieder standen in der gewerkschaftlichen Arbeit seit jeher im Vordergrund. Es ging dabei nicht nur um die "Schulung" für die Auseinandersetzungen im Arbeitskampf. Das Ziel war vielmehr, die Bildungsgüter der zivilisierten Welt auch dem Arbeitnehmer zugänglich zu machen, dem die normalen Bildungsgänge noch vor gar nicht langer Zeit weitgehend verschlossen waren. Der humanitäre Ansatz dieser Gewerkschaftsidee gilt auch heute noch.

Seither hat sich die Situation zugunsten des jedem zustehenden Rechts auf Bildung geändert, das meist auch tatsächlich genutzt werden kann. Dennoch bleiben die Notstände, neue Anforderungen, denen es zu begegnen gilt, und Programmsätze des Bildungswesens, die erst in die Wirklichkeit umzusetzen sind. Die im Grundgesetz verbriefte freie Wahl der Ausbildungsstätte ist erst dann voll gewährleistet, wenn auch aus materiellen Gründen niemand daran gehindert wird, den seiner Begabung gemäßen Weg der Ausbildung einzuschlagen. Doch daran fehlt es noch vielfach.

Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden hat jetzt in einem Bereich die Initiative ergriffen, um durch diese neue Stiftung die Chancengleichheit der jungen Menschen herzustellen. Daß sie trotz der Härte der vorausgegangenen Auseinandersetzungen sich in ihren Zielen nicht beirren ließ, ist allein ihr Verdienst.

Bis in die Gemeindestuben hinein

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster.

Gemeindewahlen in Schweden haben eine weitaus grössere landespolitische Bedeutung als in den beiden anderen skandinavischen Ländern. Gewinne und Verluste der Parteien in den Städten und Dörfern haben schon vorher zu veränderten parteipolitischen Konstellationen bei der Bewältigung der großen Fragen im schwedischen Parlament - Riksdag - geführt. Bei den Gemeindewahlen am 16. September geht es formell wie immer um kommunalpolitische Angelegenheiten, diesmal vor allem um die Frage der Verteidigung und Erweiterung des "Selbstbestimmungsrechtes" der grösseren und kleineren Gemeinden im Verhältnis zum Staat. In einem geographisch so ausgedehnten Land wie Schweden mit seinen vielen einsamen nördlichen Gemeinden und Kreisen, die weit von der Hauptstadt entfernt liegen, spielen Probleme dieser Art eine große Rolle. Außerdem ist man auf mögliche Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse in den Großstädten Stockholm und Göteborg gespannt. Hier können wenige Stimmen den Ausschlag geben, und die größte Partei Schwedens, die sozialdemokratische, bemüht sich besonders, ihre vieljährige Position als Mehrheitspartei, die bei den letzten Parlamentswahlen 40 Prozent der Stimmen erhielt, zu behaupten und den Ansturm der anderen Parteien abzuwehren.

Hinzu kommt noch, daß durch die direkten Wahlen zu den Provinzialtagen - Landsting - auch die Verhältnisse im schwedischen Senat - Förstekammer - indirekt beeinflusst werden, weshalb die Parteien auch landespolitische Fragen im Wahlkampf hervorheben.

Der sich in diesen Tagen steigernde Wahlkampf erhält aber seine besondere Note durch die Frage der Assoziation Schwedens mit dem Gemeinsamen europäischen Markt. Eine Frage, die gegen alle Erwartung die Köpfe in den gemeindepolitischen Diskussionen erhitzt. Die Wahlen am kommenden Sonntag sind die ersten nach dem Beschluss der Regierung und der Parteien, Verhandlungen mit der Brüsseler Kommission über eine Assoziation aufzunehmen. Zum ersten Mal werden also die

schwedischen Wähler Gelegenheit haben, ihre Meinung über diese bedeutungsvolle Frage kundzutun.

Obwohl die Regierungspartei und die beiden großen Oppositionsparteien sich darüber einig sind, Schweden müsse durch Assoziation der EWG beitreten, sind einige deutliche Unterschiede in den Auffassungen vorhanden. Die konservative Partei (Högern) und die liberale Partei werfen der Erländer-Regierung vor, sie habe von Anfang an dem Verhandlungsthema in Brüssel zu enge Grenzen gegeben. Die beiden Oppositionsparteien sind der Ansicht, die Regierung hätte die Möglichkeit offen halten sollen, zunächst über eine regelrechte Mitgliedschaft zu verhandeln, um zu sehen, wie viel auf diese Weise zu erreichen gewesen wäre. Demgegenüber ist die Regierung der Meinung, eine Mitgliedschaft sei für Schweden ausgeschlossen, weil es die traditionelle Neutralitätspolitik und die Bündnisfreiheit Schwedens beeinträchtigen wird. Auch die Oppositionsparteien wollen die bündnisfreie Neutralitätspolitik nicht aufgeben, aber sie argumentieren, die Regierung hätte ihre Verhandlungsposition eingeengt.

Zur Erhitzung der EWG-Debatte hat es beigetragen, daß drei hervorragende Persönlichkeiten innerhalb der Regierungspartei während des Wahlkampfes eine Kampfschrift "Wir und Westeuropa" veröffentlichten, worin sie auch die Assoziation Schwedens scharf ablehnen und erklären, eine Assoziation gefährde die schwedische Bündnisfreiheit nicht weniger als eine direkte Mitgliedschaft. Die drei Verfasser sind der wohlbekannte Nationalökonom und frühere schwedische Handelsminister Gunnar Myrdal, der Gewerkschaftsökonom Ford Ekström und der Schriftsteller Roland Pålsson. Es hat sich jedoch schnell herausgestellt, daß diese drei Persönlichkeiten politische Einzelgänger sind, obwohl die Meinungen, besonders innerhalb der Gewerkschaften, zum Thema Schweden - EWG selbstverständlich unterschiedlich sind. Ministerpräsident Erländer hat ganz deutlich zu erkennen gegeben, daß die Regierung auf ihrem Standpunkt beharren will und gewillt ist, mit der EWG zusammenzuarbeiten bis zur Grenze der gegebenen außenpolitischen Möglichkeiten. Gerade während des Wahlkampfes wurde bekanntgegeben, daß der Außenminister Schwedens, Östen Undén, sich demnächst aus Alters- und Gesundheitsgründen zurückziehen wird. Es besteht kein Zweifel, daß sein Nachfolger, Torsten Nilsson, die berühmte "Undén-Linie" nach dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit des schwedischen Volkes weiterführen wird.

Von der Statistik widerlegt

an - In spaltenlangen Zeitungsannoncen fordern die Christlichen Demokraten in Schleswig-Holstein die Wähler auf, am 23. September ihre Partei zu wählen, und selbstverständlich erscheint dann dabei der Name Kai Uwe von Hassel in großen weißen Buchstaben auf schwarzem Grund. Dazu wird versichert: "Die Aufbauphase der Zeit nach dem Krieg gilt als abgeschlossen. Aus dem "Armenhaus" wurde ein gesundes Land, das stolz sein darf auf stabile Verhältnisse, gesicherte Arbeitsplätze, wachsende Wirtschaftsleistungen, ständig sich verbessernde Verkehrsverhältnisse."

Aber gerade diese Feststellungen sind falsch. Den Beweis tritt das Statistische Landesamt in Kiel in seinem letzten Monatsbericht an, der zugleich mit den seltsamen von-Hassel-Annancen erschienen ist. Das Volkseinkommen, bezogen auf jeden Einwohner, wird nämlich in dem Bericht mit 4 204 DM jährlich angegeben und liegt nur eben über dem Stand von Rheinland-Pfalz. Alle anderen Bundesländer haben ein höheres Einkommen ihrer Bürger zu verzeichnen, und der Bundesdurchschnitt beträgt 5 271 DM. Ist die Aufbauphase also wirklich abgeschlossen?

In der Grundtendenz hat Schleswig-Holstein auch den Konjunkturanstieg der meisten anderen Bundesländer nicht mitgemacht, obgleich dieses Land mit den vielen Vertriebenen, mit der geringen Industrie und der einst großen Zahl der Arbeitslosen an ehesten sehr schnell hätte aufholen müssen. Der Produktionsindex, gemessen an 1950, bezogen auf die Industrie, ist auf 279 Punkte angestiegen. In den Zonengrenzländern Niedersachsen und Hessen zog er aber auf 301 und in Rheinland-Pfalz auf 292 Punkte an.

In der Industrie sind von tausend Einwohnern Schleswig-Holsteins überhaupt nur 75 Menschen tätig. Damit liegt das Land ganz weit hinten, denn Rheinland-Pfalz weist sogar 106 Beschäftigte je tausend Einwohner auf.

Wie sieht es mit den sich ständig verbessernden Verkehrsverhältnissen wirklich aus? Auf je tausend Unfälle kamen im ersten Vierteljahr 1962 14 Todesopfer. Abgesehen von Niedersachsen hat kein anderes Bundesland so viele Unfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen.

Die Tatsache, daß Schleswig-Holstein insgesamt gesehen noch weit hinten am Ende aller Bundesländer rangiert, und aus dem Armenhaus beibe kein gesundes Land während der zwölfjährigen CDU-Regierungszeit geworden ist, belegt das Statistische Landesamt weiterhin durch seine steuerlichen Angaben. An Landessteuern kamen in den ersten drei Monaten des Jahres 1962 nur 77 DM und an Gemeindesteuern nur 37 DM je Kopf der Bevölkerung auf. Kein anderes Bundesland hat mit Abstand eine so geringe Steuereinnahme.

Kein Wunder also, daß auch die Möglichkeit der Bürger, sich persönlicher Besitz durch Spareinlagen zu schaffen, äußerst gering ist. Am 30. April dieses Jahres betragen die Spareinlagen im Durchschnitt 786 DM pro Einwohner. Auch hier bildet Schleswig-Holstein das Schlußlicht. Im Lande des Kai-Uwe von Hassel werden die Bürger unter seinem Namen in elegant formulierten Wahlannoncen wahrhaftig irreführt.